



UNSERE ZUKUNFT – AUS EIGENER FERTIGUNG!

**industriAll Europas Vision für
die Zukunft der europäischen Industrie**



Dieses Dokument ist eine Zusammenfassung unseres ausführlichen Aktionsplans ([Link](#)), der auf unserer Website abrufbar ist.

IndustriAll European Trade Union ist ein Verband unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften, die ArbeitnehmerInnen und Angestellte der Sektoren Metall, Chemie, Energie, Bergbau, Textil, Bekleidung, Leder und Schuhe sowie der verwandten Industrien und Aktivitäten vertreten.

Wir stehen für rund **7 Millionen Beschäftigte**, die in 177 nationalen Mitgliedsgewerkschaften aus **38 europäischen Ländern** organisiert sind.

Wir sind Mitglied des **Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)** und Partner von IndustriALL Global Union.

Wir handeln gemeinsam mit dem Ziel, unsere Kräfte zu bündeln, um die Rechte der Beschäftigten in unseren Industrien und Branchen zu schützen und zu fördern.



Die Fertigung ist für die 7 Millionen ArbeitnehmerInnen, die industriAll Europe vertritt, beruflicher Alltag. Fertigung steht für ihre Arbeitsplätze in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, für ihre beruflichen Laufbahnen und ihre Lebensgrundlagen.

Die Industrie leistet einen wichtigen Beitrag zu Wohlstand und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa. **36 Millionen Arbeitsplätze** hängen direkt von der europäischen Industrie ab. Zudem schafft jeder Arbeitsplatz in der Industrie mindestens einen weiteren im Dienstleistungssektor.

Heute machen das verarbeitende Gewerbe und die Energiewirtschaft zusammen mit den zugehörigen Dienstleistungen **25 % des europäischen BIP** und der Beschäftigung aus. Auch **65 % der Investitionen in FuE** und **75 % der Exporte** entfallen darauf.

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 ging die Beschäftigung in der europäischen Industrie um 10 % zurück (ein Minus von 4 Millionen Vollzeit Arbeitsplätzen), aber seit 2013 wurden im verarbeitenden Gewerbe über 2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Daran zeigt sich die **Stärke** und **Resilienz** der europäischen Industrie in einem Umfeld, das raschen Veränderungen unterworfen ist.

Die europäische Industrie steht an einem Scheideweg. Eine europäische Industriepolitik ist daher wichtiger denn je. Zu den künftigen Herausforderungen zählen unter anderem die **Globalisierung**, die **Digitalisierung**, der **Klimawandel** und eine **politische Landschaft im Umbruch**. Im Hinblick auf die Diskussionen in der EU über „Industrie 2030“ und vor dem Hintergrund der 2019 stattfindenden Wahlen auf Kommunal-, Regional-, Bundes- und vor allem Europaebene nutzt industriAll Europe die Gelegenheit, um ihre Vision für die Zukunft der europäischen Industrie darzulegen.

Unserer Ansicht nach muss jede künftige Industriepolitik **wirtschaftlich und sozial nachhaltig sowie gerecht** sein. Sie muss der – ökologisch, technologisch und politisch – im Wandel befindlichen Welt Rechnung tragen und dabei helfen, nicht nur die Herausforderungen für die Unternehmen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt, für die Beschäftigten, ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensunterhalt zu bewältigen. Wir müssen in den nächsten Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Umsetzung von Industrie 4.0 auf beispiellose Herausforderungen für die Zukunft der Arbeit und der Industrie vorbereitet sein.

Investitionen in eine nachhaltige Konjunkturerholung

- ❖ Förderung der Binnennachfrage durch Realloohnerhöhungen, die Inflation und Produktivitätsgewinne berücksichtigen
- ❖ Steigerung der öffentlichen Investitionen, die ein Allzeittief erreicht haben, auf ihren historischen Durchschnittswert
- ❖ Förderung privater Investitionen
- ❖ Vermeidung von harten Maßnahmen der „inneren Abwertung“ durch die weitere Vertiefung der WWU
- ❖ Verlagerung der Besteuerungsgrundlage vom Faktor Arbeit auf Umwelt und Vermögen
- ❖ Aufstellen von Regeln, um sich auf die grundlegende Aufgabe des Finanzsektors zu besinnen: durch Spareinlagen produktive Investitionen in der Realwirtschaft finanzieren





Aktuelle Situation der Industriebeschäftigten

Die vor zehn Jahren ausgebrochene Finanzkrise hat tiefe Narben hinterlassen. **19 Millionen Menschen sind noch immer ohne Arbeit** (gegenüber 26 Millionen auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2013), während viele der neuen Arbeitsplätze **befristet (20 % aller Jobs)** oder **Teilzeitjobs (14 %)** sind. Die Arbeitslosigkeit in Südeuropa ist weiter unerträglich hoch.

Strukturelle Ungleichgewichte wurden durch *innere Abwertung* ausgeglichen, ein beschönigender Ausdruck für Lohnkürzungen und die Schwächung von Tarifverhandlungsstrukturen, Arbeitsschutz und Sozialversicherungssystemen. Einkommensungleichheit und die Zahl unsicherer Beschäftigungsverhältnisse sind dadurch gestiegen.

Gleichzeitig ist der Wechsel von einem befristeten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis eher die Ausnahme. Die Unterbeschäftigung (unfreiwillige Teilzeitarbeit und „entmutigte“ Menschen, die nicht mehr aktiv nach Arbeit suchen) liegt noch immer viel höher als vor der Krise.

Der Anteil **„erwerbstätiger Armer“** (Haushaltseinkommen unter 60 % des Medianeinkommens) ist auf fast 10 % gestiegen. Zudem erfährt der Arbeitsmarkt aufgrund des massiven Abbaus von Arbeitsplätzen auf mittlerem Qualifikationsniveau, vor allem in der Industrie und der Bauwirtschaft, eine immer stärkere Polarisierung.

IndustriAll Europe ist der Ansicht, dass es jetzt an der Zeit ist, **unser europäisches Sozialmodell wiederzubeleben**, indem Arbeitnehmerrechte, sozialer Dialog und Tarifverhandlungen wieder in den Vordergrund gerückt und gestärkt werden.

Empowerment der Beschäftigten beginnt mit hochwertigen Arbeitsplätzen und Beschäftigungssicherheit

- ✿ Zugang aller zu regulären, unbefristeten Vollzeitverhältnissen
- ✿ Abbau des anhaltenden Ost-West- bzw. Nord-Süd-Lohngefälles in Europa
- ✿ Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte
- ✿ Stärkung der Arbeitsrechtsvorschriften sowie der Tarifverhandlungsstrukturen und -institutionen
- ✿ Bekämpfung von Armut trotz Erwerbstätigkeit

Es ist außerdem höchste Zeit für einen **neuen Ansatz in der Lohnpolitik**. Die Maxime, wonach „jeder Arbeitsplatz besser ist als kein Arbeitsplatz“ muss durch das Versprechen von „mehr, aber besseren Arbeitsplätzen“ abgelöst werden.

Die europäische Säule der sozialen Rechte und ihre 20 Grundsätze müssen von der neuen Kommission und den neu gewählten Mitgliedern des EP ab 2019 weiterentwickelt werden. Die Europäische Union hat hier die Möglichkeit, einen wirklichen Unterschied im Leben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszumachen. In einer Zeit, in der Euroskepsis und politischer Extremismus grassieren, ist ein soziales Europa ein starkes Argument nicht nur für **mehr und bessere Arbeitsplätze**, sondern auch für **mehr und ein besseres Europa**. Die europäische Säule sozialer Rechte muss rasch in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, damit alle EU-Bürger profitieren können.

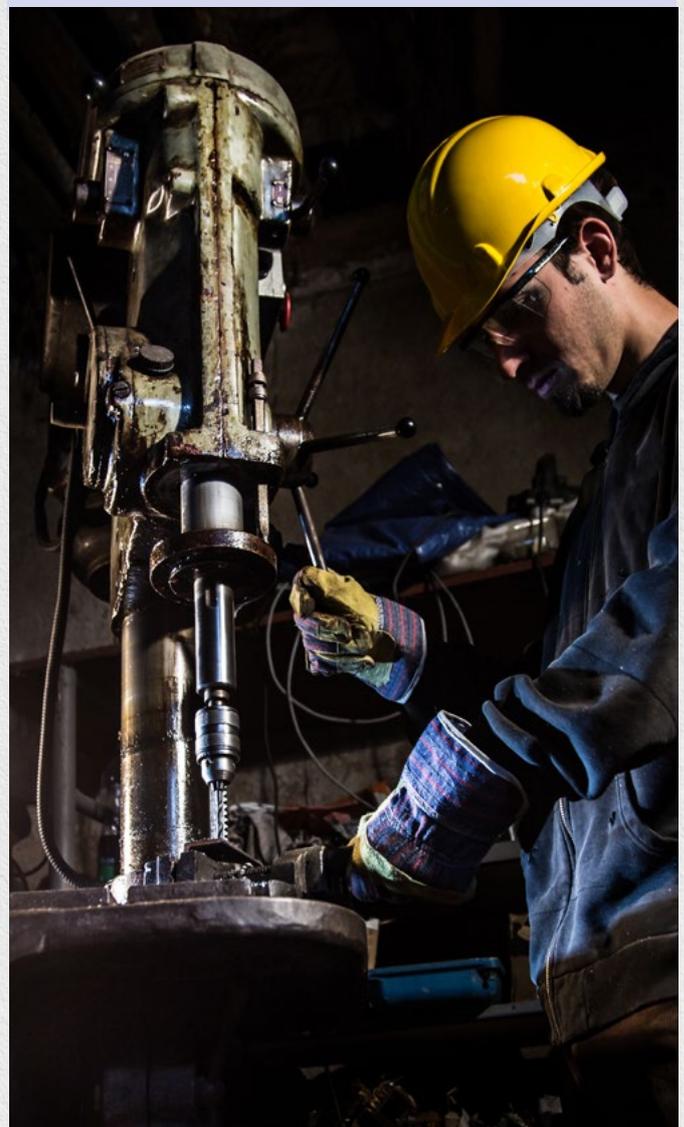
Qualifizierte, engagierte und loyale Beschäftigte sind kein Kostenfaktor, sondern Schlüsselfaktoren für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Eine innovative, wissensbasierte Wirtschaft kann nicht von Arbeitskräften aufgebaut werden, die über Kompetenzen von gestern verfügen, schlecht bezahlt werden und in unsicheren Arbeitsverhältnissen stehen. In einer sich rasch wandelnden Industrie ist es von absoluter Wichtigkeit, dass die MitarbeiterInnen mit den Kompetenzen ausgestattet sind, die für ihre aktuelle und künftige Beschäftigungsfähigkeit und für Arbeitsplatzsicherheit in einem sich im Umbruch befindlichen Arbeitsmarkt erforderlich sind.

Kompetenzen sind ein wichtiger Katalysator für Innovation und Wertschöpfung. Eine Industrie auf Weltklasseniveau hängt in starkem Maße von qualifizierten Arbeitskräften ab, die alle Qualifikations-, Wissens- und Kompetenzniveaus abdecken. Der Aufbau einer lernenden Gesellschaft ist daher die Grundvoraussetzung für den Übergang zu einer innovativen Wirtschaft.

Gegenwärtig verfügen 70 Millionen erwachsene Europäer über keine angemessene Ausbildung und keine ausreichenden Schreibkompetenzen, während es 169 Millionen Bürgern an grundlegenden digitalen und Rechenkenntnissen fehlt. Zugleich haben wir es mit einem auffallenden Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage zu tun. Es ist höchste Zeit, die Investitionen in qualitativ hochwertige allgemeine und berufliche Bildung sowie Weiterbildungsmöglichkeiten während des gesamten Arbeitslebens zu erhöhen.

Förderung von Kompetenzen

- ✳️ Ausbau der Kompetenzplanung auf der Grundlage des sozialen Dialogs
- ✳️ gleichberechtigter Zugang zu Weiterbildung durch ein persönliches Recht auf Qualifizierung
- ✳️ Schaffung einer Kultur des lebenslangen Lernens und Förderung von arbeitsplatzbezogenem Lernen
- ✳️ Investitionen in Weiterbildung und Umschulung „älterer“ Arbeitskräfte
- ✳️ Förderung der weichen, digitalen und MINT-Kompetenzen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) auf allen Stufen der allgemeinen und beruflichen Bildung



Die europäische Industrie in der Weltwirtschaft

Damit die europäische Industrie international wettbewerbsfähig bleibt, bedarf es einer ehrgeizigen Industriepolitik. Darüber hinaus muss die europäische Industrie auch weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen und Lösungen für die vielen gesellschaftlichen Probleme anbieten, mit denen wir konfrontiert sind: Mobilität, alternde Gesellschaft, nachhaltige Energie, Erderwärmung und Digitalisierung. Zur Unterstützung der Industrie bei der Bewältigung all dieser Herausforderungen ist ein abgestimmter und umfassender Ansatz auf europäischer Ebene unabdingbar. Einzelstaatliche Industriepolitiken allein sind diesen Herausforderungen nicht gewachsen. Industriepolitik ist zweifellos ein Bereich, in dem **„mehr Europa den positiven Unterschied ausmachen kann“**.

Die Leitlinien für eine europäische Industriepolitik und die notwendigen Veränderungen müssen auf **hochwertigen Produkten** basieren, die eine **lange Lebensdauer** haben, **wiederverwert** werden können, geringe Umweltbelastungen verursachen, **sicher in der Anwendung** sind, **höchste Ansprüche in Sachen Cybersicherheit** erfüllen, konkurrenzfähig sind usw. **Hochwertige Produkte gehen Hand in Hand mit hochwertigen Produktionsprozessen und hochwertigen Arbeitsplätzen.**

Überdies muss **Gerechtigkeit** ein Eckpfeiler europäischer Industriepolitik sein, in Form adäquater Wettbewerbsregeln für Unternehmen und zwischen Volkswirtschaften, gerechter Besteuerung sowie gerechter Verteilung der Wertschöpfung zwischen Arbeit und Kapital sowie entlang der Wertschöpfungskette.

Die Europäische Union darf den Rückgang bzw. die Stagnation der Aktivitäten und den Abbau von Arbeitsplätzen in der europäischen Fertigungsindustrie nicht widerstandslos hinnehmen. In Europa nahm die erste und die zweite industrielle Revolution ihren Anfang. Europa muss auch die Speerspitze der aktuellen Dekarbonisierungs- und digitalen Revolution bilden.



Unternehmen müssen in Arbeitsplätze investieren, nicht in Steuerparadiese

- ✳ Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und länder-spezifischer Berichterstattung
- ✳ Vorgehen gegen künstliche Steuerkonstruktionen, die nicht auf realen wirtschaftlichen Gegebenheiten beruhen und entsprechende Besteuerung dieser
- ✳ verstärkte Anstrengungen zur Beseitigung aller Steuerschlupflöcher, Steueroasen und Sondervereinbarungen innerhalb und außerhalb der EU und zur Förderung des automatischen Informationsaustauschs (> globaler Standard)
- ✳ Schaffung einer EU-Steuerbehörde
- ✳ Einführung fairer Steuermodelle für die Digitalwirtschaft

Unsere Vision für die Zukunft der Industrie soll zeigen, wie die Grundsätze **Qualität** und **Gerechtigkeit** einen Beitrag zur Schaffung einer **starken und weltweit führenden europäischen Industrie** leisten können. Dieses Dokument soll aufzeigen, wie in einer modernisierten Industrie, die auf digitalen und emissionsarmen Technologien aufbaut, Mehrwert und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Es zielt ferner darauf ab, die Beschäftigten, Branchen und Regionen auf die strukturellen Veränderungen vorzubereiten, denen sie sich in der Zukunft stellen werden müssen.

Arbeitnehmerbeteiligung von der Werkbank bis zu strategischen Entscheidungsprozessen ist eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Übergang hin zu einer nachhaltigen, wissensbasierten, ressourceneffizienten und leistungsstarken Industrie. **Industrielle Erneuerung und eine florierende Industrie sind nur auf der Grundlage hochwertiger Arbeitsplätze und engagierter MitarbeiterInnen möglich.** Der Fortschritt muss allen, die an der neuen industriellen Zukunft für die Europäische Union mitarbeiten, gerecht zugutekommen.

Wir sind überzeugt, dass unser ausgefeiltes Sozialmodell die richtigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche industrielle Transformation bietet, durch die die Erosion des verarbeitenden Gewerbes gestoppt sowie neue und gute Arbeitsplätze geschaffen werden können, die die Grundlage für eine starke und wettbewerbsfähige europäische Industrie auf globaler Ebene bilden.

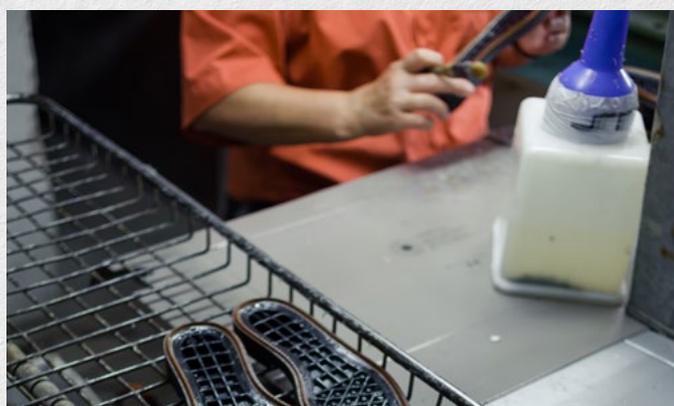
Faire Globalisierung, fairer Handel, faire Besteuerung

Große Teile der europäischen Industrie sind von der **Globalisierung** betroffen und derzeit stark vom Export und von komplexen grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten in einem zunehmend globalisierten Markt abhängig. Handelsabkommen sind daher zu wichtigen Instrumenten geworden, um fairen Handel für die europäische Industrie und die damit verbundenen Dienstleistungen zu regulieren und sicherzustellen. Die Globalisierung hat auch zu einem grundlegenden und raschen Wandel auf dem weltweiten Markt für Waren, Kapital und Arbeitskräfte geführt. Ein Beispiel ist das Aufkommen neuer „Big Player“ wie China und Indien im Osten, während gleichzeitig im Westen die „America First“-Politik immer stärker an Bedeutung gewinnt. Diese sehr grundlegenden Veränderungen in der globalen Wirtschaft erfordern **europäische statt nationale Strategien und Antworten**.

Handelsabkommen sollten nicht nur das Geschäft multinationaler Unternehmen ankurbeln, sondern vor allem der breiten Masse zugutekommen. **Handelspolitik muss sicherstellen, dass importierte Waren von Menschen hergestellt werden, die nicht ausgebeutet, sondern angemessen entlohnt werden, in einem sicheren Arbeitsumfeld tätig sind und deren Arbeitgeber weltweite Verhaltenskodizes einhalten.**

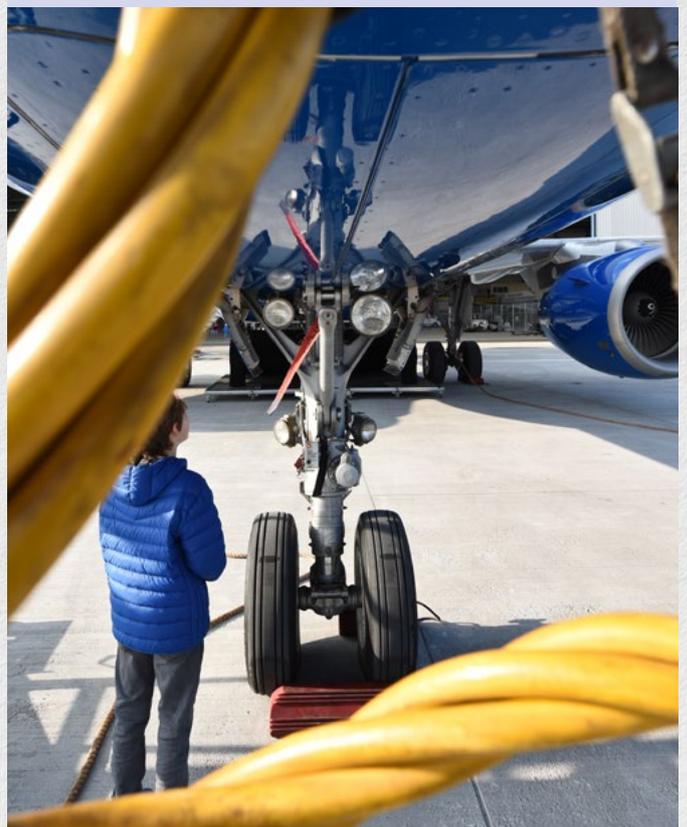
Für industriAll Europe ist eine **gerechte Unternehmensbesteuerung** ein Eckpfeiler unseres europäischen Sozialmodells. Eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Steuerzahlern und fairer Wettbewerb zwischen Unternehmen darf nicht durch Steuerumgehung untergraben werden. Interner Steuerwettbewerb zwischen Regierungen, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, muss dringend thematisiert werden, da dies zu einer Abwärtsspirale bei tatsächlichen Steuersätzen und damit Steuereinnahmen und öffentlichen Dienstleistungen führt. industriAll Europe fordert faire Globalisierung, fairen Handel, faire Besteuerung für alle.

Menschen, nicht Profite, müssen im Zentrum jeder gemeinsamen europäischen Handels- und Steuerpolitik stehen.



Handel muss fair sein, damit viele profitieren

- ❖ Vermeidung von Handelskriegen durch Wiederbelebung des Multilateralismus
- ❖ Stärkung der demokratischen Legitimation von Handelsabkommen durch völlige Transparenz und Einbeziehung der Interessengruppen sowie durch die Wahrung des Regulierungsrechts der Regierungen
- ❖ Aufnahme durchsetzbarer Kapitel zu nachhaltiger Entwicklung und Arbeitnehmerrechten in Handelsabkommen
- ❖ Förderung des fairen Handels durch wirksame Handelsschutzinstrumente und Gegenseitigkeit beim Marktzugang (Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen)
- ❖ Förderung von Good Governance auf globaler Ebene durch Bekämpfung von Korruption, unerlaubtem Handel und Produktpiraterie sowie durch die Entwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette



Ein gerechter Übergang zur Bewältigung des Klimawandels

Der Klimawandel und der breite gesellschaftliche Wille zum Übergang zu einer nachhaltigeren und CO₂-ärmeren Wirtschaft sind Faktoren, denen unsere Industrien zum Wohle der Umwelt und der Menschheit Rechnung tragen müssen.

Der Übergang zu einer stärker **kreislaforientierten Wirtschaft** ist für die Entwicklung einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Industrie von entscheidender Bedeutung. Gleiches gilt aufgrund der erforderlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen für die gesamte Mobilitätsbranche.

Die Industrie von morgen wird hochgradig energie- und materiaeffiziente Verfahren nutzen, erneuerbare und wiederverwertete/wiederverwendete Materialien einsetzen und verstärkt nachhaltige Geschäftsmodelle verfolgen. **Im vergangenen Jahrzehnt der Rezession wurden in der „grünen“ Wirtschaft mehr als 1 Million Arbeitsplätze geschaffen**, und wir sind der Ansicht, dass die Industrie in der Lage ist, erhebliche Energie- und Materialeinsparungen zu erzielen, während die Kreislaufwirtschaft heimische Arbeitsplätze schafft, die nicht verlagert werden können.

Ungeachtet dessen wird die **kohlenstoffarme Wirtschaft** in den meisten bestehenden Industriesektoren zu tiefgreifenden Veränderungen führen. Gewisse traditionelle Industriesektoren können möglicherweise neue Geschäftsmöglichkeiten entwickeln, während anderen hingegen schmerzhaft Umstrukturierungen und Neuausrichtungen bevorstehen.



Die Industrie zu einem Motor für nachhaltige Entwicklung machen

- ✳ Auslotung der Synergien zwischen wirtschaftlicher und nachhaltiger Entwicklung durch Weiterentwicklung der Toolbox für nachhaltige Industriepolitik
- ✳ Schaffung einer industrialisierten Kreislaufwirtschaft, die über das Recycling hinausgeht und sich stattdessen auf Langlebigkeit, Reparatur, Wiederverwendung und Wiederaufbereitung konzentriert
- ✳ ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen müssen mit ehrgeizigen Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage (der Verlagerung von CO₂-Emissionsquellen in Nicht-EU-Länder mit weniger strengen Umweltzielen) einhergehen
- ✳ nachdrückliche Unterstützung für die „tiefe Dekarbonisierung“ der energieintensiven Industriezweige in Europa und für die Entwicklung praktikabler Methoden zur Abscheidung und Wiederverwendung von Kohlenstoff



Die Umstellung auf ein sauberes Energiesystem wird einige Regionen, die auf fossile Brennstoffe sowie alte Energie- und Industrieeinfrastrukturen angewiesen sind, hart treffen. Es ist uns ein großes Anliegen, die regionale Dimension des Problems hervorzuheben und darauf zu bestehen, dass neue Arbeitsplätze dort geschaffen werden, wo alte verlorengehen.

Eine gerechte Energiewende

- ❖ Energie muss sicher, nachhaltig und ausreichend vorhanden und für Bürger und Unternehmen zu einem vorhersehbaren und erschwinglichen Preis zugänglich sein
- ❖ die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft erfordert massive Investitionen in die Erzeugung und Verteilung von (erneuerbarer) Energie
- ❖ Unterstützung neuer bahnbrechender Technologien im Bereich Energieeffizienz und Energiespeicherung
- ❖ Gewährleistung eines „gerechten Übergangs“ zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, indem die Wiedereingliederung der ArbeitnehmerInnen und sozialer Schutz sichergestellt sind
- ❖ Verfolgung einer Energiepolitik mit dem Ziel, die industriellen Wertschöpfungsketten für Energieerzeugnisse aufrechtzuerhalten, zu schaffen oder wiederherzustellen, um so Arbeitsplätze und Wachstum von morgen zu gewährleisten



Sozial verantwortungsvoller „Industrie 2030“-Kurs

Industriepolitik muss Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen bieten und Orientierung für Paradigmenwechsel geben, die nicht allein auf Marktkräfte zurückzuführen sind (das Internet, GPS und die Dekarbonisierung der Wirtschaft sind allesamt das Ergebnis öffentlicher Politik).

Innovation von allen, für alle

- ☛ EU als Speerspitze der technologischen Entwicklung
- ☛ deutliche Erhöhung der Investitionen in industrielle Forschung, Entwicklung und Innovation zur Unterstützung gesellschaftlicher Ziele
- ☛ Förderung der Mitarbeiterbeteiligung als Schlüsselfaktor für eine innovationsfördernde Unternehmenskultur
- ☛ Schaffung transeuropäischer Innovations-Ökosysteme zur Vermeidung von Fragmentierung
- ☛ Sicherstellung, dass die erste industrielle Anwendung geförderter Forschung innerhalb Europas verwirklicht wird

Die **Digitalisierung** hat in fast allen Industriezweigen eine neue industrielle Revolution ausgelöst. Die Digitalisierung von Produktionsprozessen und Endprodukten bedeutet eine Erneuerung von Entwicklung, Design und Fertigung unserer Produkte sowie der Art, wie wir Handel betreiben und Arbeit und unsere Arbeitsplätze organisieren. IndustriAll Europe ist der Ansicht, dass die Digitalisierung der europäischen Industrie nicht gestoppt werden kann und soll. Stattdessen müssen Strategien entwickelt werden, um den Übergang zu Industrie 4.0 sozial nachhaltig zu gestalten. Bei vielen Arbeitsplätzen besteht dennoch die Gefahr, dass sie durch digitale Technologien ersetzt werden. Es handelt sich bei diesen gefährdeten Jobs größtenteils um typische Industrietätigkeiten, einschließlich nichtmanuelle.

Die Digitalisierung geht mit einer Konzentration von Macht und Vermögen in den Händen der Unternehmen einher, die die Plattformen, Software oder Daten kontrollieren. Sie stellt außerdem die unbefristeten Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse auf der Grundlage von Tarifverträgen infrage, da alle Aufgaben (einschließlich der Kontrolle) individuell, automatisch und aus der Ferne ausgeführt werden können.

Digitalisierung der Industrie als Prozess gemeinsamen Fortschritts

- ☛ Nutzung des Potenzials digitaler Technologien zur Lösung „großer gesellschaftlicher Herausforderungen“
- ☛ Wiederherstellung der industriellen Führungsrolle im Bereich der Elektronikkomponenten und Investitionen in die Entwicklung neuer IKT-Bereiche wie Big Data Analytics, KI, fortgeschrittene Fertigung
- ☛ Investitionen in die digitale Infrastruktur in allen Regionen und Mitgliedstaaten
- ☛ Antizipation und Bewältigung möglicher negativer Auswirkungen auf die Qualität und Quantität der Arbeitsplätze
- ☛ Verhinderung des Entstehens einer neuen informellen Wirtschaft durch Regulierung der Gig Economy und Verhinderung des Entstehens von digitalen Monopolen
- ☛ Förderung digitaler Kompetenzen auf allen beruflichen Ebenen

Die Bestrebungen für eine kohlenstoffarme Wirtschaft sowie die Globalisierung und Digitalisierung werden die Arbeitswelt massiv verändern. Diese disruptiven Entwicklungen werden Auswirkungen auf die Anzahl der Arbeitsplätze, die Qualität der Beschäftigung, den Qualifikationsbedarf, die Arbeitsbeziehungen und die sozialen Sicherungssysteme haben.

Dem Beschäftigungseffekt des strukturellen Wandels muss angemessen Rechnung getragen werden. Die Bewältigung des Strukturwandels ist in vielen Fällen eine Herausforderung. Neue Beschäftigung wird zu anderer Zeit, an einem anderen Ort und für andere Kompetenzprofile als jene Arbeitsplätze geschaffen werden, die überflüssig werden. **Massenentlassungen und der Niedergang von Regionen müssen unbedingt verhindert werden.**

Ein sozial nachhaltiger und verantwortungsbewusster Ansatz der Antizipation, Planung und Bewältigung des Wandels und der Umstrukturierungen erfordert einen drastischen Kurswechsel – weg von Unternehmensstrategien, die auf einer kurzfristigen Gewinnmaximierung basieren und hin zu langfristigen Strategien auf der Grundlage von Arbeitnehmerbeteiligung, einer Vision für die langfristige Zukunft der Unternehmen und der

Integration langfristiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen basierend auf industriellen Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung.

IndustriAll Europe ist der Ansicht, dass die Europäische Union, ihre politischen Führer und Entscheidungsträger bei der Festlegung einer künftigen Industriestrategie einen zweigleisigen Ansatz verfolgen müssen. Die zu entwickelnden Strategien müssen auf **Nachhaltigkeit** und **Gerechtigkeit** beruhen, wobei insbesondere **sektorspezifische Maßnahmen** und ein **regionaler Ansatz** unabdingbar sind.

Sektorspezifische Industriepolitik ist von entscheidender Bedeutung, um industrielle Vielfalt und eine breite industrielle Basis in der EU zu erhalten. IndustriAll Europe unterstützt gezielte Aktionspläne für alle Sektoren/Lieferketten, die von strategischem Interesse sind oder vor strukturellen Veränderungen stehen.

Industriepolitik hat eine wichtige **regionale Dimension**. Die industrielle Entwicklung in Europa weist gravierende Ungleichgewichte auf, die auch starke Agglomerationsmerkmale industrieller Aktivität widerspiegeln. Bei Löhnen, Arbeitsbedingungen, ja sogar den Chancen überhaupt Arbeit zu finden, bestehen in der Europäischen Union immense Unterschiede. Regionale Klüfte sind nicht auf das Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle beschränkt. Es gibt auch auffallende Diskrepanzen – manchmal im gleichen Unternehmen – zwischen den Bedingungen der ArbeitnehmerInnen in Deutschland oder Griechenland, Bulgarien oder Belgien.

Wir sind an einem Scheideweg angelangt. Dies gilt nicht nur für die ArbeitnehmerInnen, sondern für die Gesellschaft als Ganzes. IndustriAll European Trade Union ist der

Ansicht, dass die künftige europäische Industriepolitik zwei Herausforderungen verbinden muss: die Herausforderung, dass Europa eine florierende Industrieregion in der Welt bleibt sowie die Herausforderung, dass sowohl die Lebensqualität als auch die Qualität der Arbeit verbessert wird.

Eine Industriepolitik zur Unterstützung von Sektoren und Regionen

- ☄ gezielte Aktionspläne für alle Sektoren und Lieferketten von strategischem Interesse
- ☄ Ausschöpfung des vollen Potenzials der Regionen für die Modernisierung der Industrie, die Stärkung der Innovationssysteme sowie die Förderung der Verbreitung und Übernahme neuer Technologien
- ☄ besondere Aufmerksamkeit für strukturschwache und vom industriellen Wandel betroffene Regionen
- ☄ volle Ausschöpfung des Potenzials des öffentlichen Auftragswesens (14 % des BIP) als Hebel für Industriepolitik durch Aufnahme innovativer, ökologischer und sozialer Kriterien in öffentliche Ausschreibungen
- ☄ verstärkte Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und Regionen für die europäische Industriepolitik

Die Zukunft der Industrie ist für ein prosperierendes Europa von entscheidender Bedeutung, und wir arbeiten im Namen unserer Mitglieder für eine Zukunft, die der Industrie und den ArbeitnehmerInnen zugutekommt und Arbeitsplätze in Europa hält.

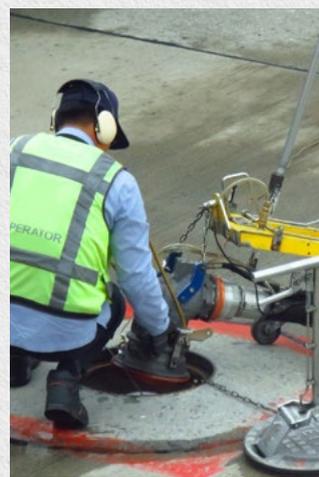
Die EU braucht eine starke und ehrgeizige Industriepolitik, die der Industrie, den ArbeitnehmerInnen und der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Die künftige industriepolitische Strategie der EU muss die soziale Dimension (Werte, Gesellschaft, Menschen, Beschäftigte) in den Mittelpunkt stellen. **Niemand darf bei diesem Übergang und bei der Gestaltung der europäischen Industrie bis 2030 und darüber hinaus zurückbleiben.**

Fertigung ist unsere Zukunft. Die ArbeitnehmerInnen sind das Herz der europäischen verarbeitenden Industrie, und ohne den wertvollen Beitrag dieser ArbeitnehmerInnen kann keine künftige Strategie entwickelt werden.

Mit diesem Dokument und unserem ausführlicheren Aktionsprogramm ([Link](#)) will industriAll Europe im Namen ihrer 7 Millionen Mitglieder eine faire und nachhaltige Zukunft für die europäische Industrie und ihre ArbeitnehmerInnen fertigen.

Nicht Stopp, sondern Antizipation des Wandels!

- ☄ Stärkung des sozialen Dialogs auf allen Ebenen (betrieblich, sektoral, regional, national)
- ☄ Förderung der Demokratie am Arbeitsplatz durch Stärkung der Rechte auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung
- ☄ Gewährleistung eines reibungslosen Übergangs von einem Arbeitsplatz zum anderen und Entwicklung europäischer Mindeststandards zur Vermeidung von Entlassungen
- ☄ Entwicklung ehrgeiziger Regionalentwicklungsprogramme für Gebiete, die von strukturellen Verwerfungen betroffen sind




industriAll

EUROPEAN TRADE UNION

Boulevard du roi Albert II 5/10
 B-1210 Brüssel
 +32 2226 0050 (Central)

www.industriAll-europe.eu